er verantwortlich ist, selbst führt und das Vertrauen der Mehrheit des Parlaments haben muß. (Lebhafte Zustimmung.)

Man komme mir nicht mit dem Einwand, wir hätten keine Mehrheitsparteien. Man verwechselt dabei Ursache und Wirkung. Wir haben keine Mehrheitsparteien und bekommen keine Mehrheitsparteien, wenn wir uns nicht zum parlamentarischen Prinzip durchringen. Wir sind aber im Uebergang zu diesem Prinzip begriffen. Bis vor acht Tagen waren diese Gedanken nichts weiter als akademische Aphorismen. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Es ist ein Erfolg dieser Debatte, daß sie heute konkret geworden sind, daß die ganze Wählerschaft sie fühlt. Dieser ganze große Schaden wäre nicht eingetreten, wenn wir ein wahrhaft konstitutionelles Prinzip gehabt hätten. (Lebhafter Beifall links.) Ein größeres Lob für dieses konstitutionelle Prinzip gibt es vor Deutschland gar nicht als diese Tatsache, die niemand bestreiten kann. (Erneuter Beifall links.) Wenn ein Monarch einen starken persönlichen Reiz besitzt, wenn er hinreißend auf seine Umgebung wirkt, dann wird er durch diese Wirkung sehr leicht dazu geführt, lebhafter aus sich herauszugehen. Nun bestimmt das Hofzeremoniell, daß niemand den Gegenstand des Gespräches mit einem Monarchen bestimmt, als er nur selbst. Deshalb wird in einem Meinungsaustausch des Monarchen mit anderen immer die Richtung gegeben, die der Monarch selbst bestimmt.

Es ist erfreulich, daß der konservative Redner gestern streng konstitutionell gesprochen hat, und daß sich seine Partei an den Reichskanzler halten will, der der verantwortliche Leiter der Politik sei. Dann muß aber auch die konservative Partei dafür sorgen, daß der Reichskanzler die Politik auch selbst bestimmen kann. (Sehr gut! links.) Nach dem was vorgegangen ist, können auch die Konservativen das persönliche Regiment nicht verteidigen, und ich bitte Sie deshalb, zu erwägen, ob Sie nicht mit uns wirksame Gegengewichte schaffen wollen. Das natürlichste Gegengewicht besteht in der konstitutionellen Regierungsform. (Sehr gut! links.) Sie wird niemandem mehr, als dem Monarchen selbst. Wir haben in diesen Tagen gelernt, daß auch Monarchen Fehler begehen können. Wenn Sie (nach rechts) daraus nicht die richtigen Konsequenzen ziehen, von unserem Parteistandpunkte aus könnte es uns recht sein, denn sie den konstitutionellen Samen sind draußen offene Furchen vorhanden. (Sehr wahr! links.) Geschieht jetzt nichts, dann wird der nächste Wahlkampf unter der Parole vom deutschen Volke geführt werden. (Lebhafte Zustimmung links.) Gemeinsam sollten wir deshalb vorgehen, denn es ist sehr wichtig, daß der Reichstag in die grassierende Selbstdiskreditierung nicht hineingezogen wird. Die Autorität ist kein äußerliches Prinzip, sie muß auf inneren Kräften beruhen (Lebhafter Beifall links.) Der Reichstag befindet sich gegenwärtig in einer Situation, in der er verlangen kann, daß die Politik gemacht wird, die er will.

Aus diesen Gedankengängen heraus ist unser Fraktionskollege Müller-Meiningen auf den Gedanken gekommen, vorzuschlagen, den Weg einer

Adresse an den Kaiser

zu beschreiten. Dieser Weg wäre verfehlt, wenn der Reichstag nicht einmütig ist. Der Verlauf dieser Debatte ist nun der gewesen, daß wir die Formulierung der Konservativen annehmen können, die dahin geht, es müssen Garantien geschaffen werden für die Zukunft, damit ähnliche Dinge nicht wieder vorkommen. Die Geschäftsordnung gibt uns legale Mittel in die Hand, uns an den Fürsten zu wenden. Das deutsche Volk würde es als eine Tat des Reichstags ansehen, wenn eine solche Willenskundgebung zustande kommen würde, wenn der Reichstag eine Wandlung mit dem Kaiser vornehmen könnte. Möge Deutschland gedeihen, wachsen und grünen und geläutert werden durch dieses Trauerspiel. (Lebhafter, lang anhaltender Beifall bei den Liberalen.)

(Während des zweiten Teiles der Haußmannschen Rede hat der Reichskanzler anscheinend Telegramme erhalten. Er konferiert mit dem Unterstaatssekretär v. Lobell, Geheimrat Hammann und mit dem Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg. Nach einer Rücksprache mit Herrn v. Kiderlen-Wächter verläßt er schließlich den Saal.)

Abg. **Saß-Jaworski** (Pole)

erklärt im Namen der polnischen Fraktion, daß diese von der Antwort des Reichskanzlers nicht befriedigt sei. Die Antwort reihe sich würdig dem ganzen verfehlten Regierungssystem in der äußeren und in der inneren Politik an.

Abg. **Heine** (soz.):

Auch uns hat die Erklärung des Reichskanzlers nicht befriedigt. Es war wieder nur ein geschickt aufgeführter Eiertanz. Die Rede hat uns ein ästhetisches Vergnügen bereitet, weiter aber war sie auch nichts. Man hat es verstanden, die öffentliche Meinung von der Sache abzulenken, indem man das Gewitter von Casablanca heraufziehen ließ. Man hat uns ernsthaft zugemutet, uns mit Frankreich wegen dieser Bagatelle zu überwerfen. Ja es wurde sogar das Gerede von einem bevorstehenden Kriege laut. Vielleicht sollten auch die ernsten Töne von den großen Gefahren, die der Reichskanzler in seiner Rede anschlug, sich auf Casablanca beziehen. Ja, na, die Sache ist ja jetzt so beigelegt worden, wie es einzig würdig war. Ich hatte schon vor, dem Reichskanzler einen mir bekannten Amtsrichter zu empfehlen, der außerordentliches Geschick darin hat, Streitigkeiten zwischen der Müllern und der Schulzen durch einen Vergleich zu schlichten, wenn sich ihre Kinder gegenseitig in die Haare gekriegt haben. Ich finde mich, daß das Auswärtige Amt der Hilfe dieses Amtsrichters nicht bedurft hat. (Lachen rechts.) Es war aber ein Spiel mit der Ehre und dem Wohl des Volkes und mit dem Frieden, das parlamentarisch gar nicht richtig charakterisiert werden kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich folge der Aufforderung, die Sache einmal

von der psychologischen Seite

anzusehen. Der Kanzler sagt, der Kaiser meine es gut. Ach du lieber Gott! Die Hauptsache ist doch, ob der Kaiser sich zwingen auferlegen wird. Ich sage aus rein psychologischen Gründen: Das will er nicht und das kann er nicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mit dem guten Willen ist es nicht gemacht. Der Kaiser glaubt aber, mit dem guten Willen allein sei es gemacht. Wo er keinen Erfolg sieht, da betlagt er sich, daß man ihn nicht verstanden. So klagte er, daß die Engländer ihn nicht verstanden und vergißt, daß gerade der friedliebende Teil des englischen Volkes eine Beschränkung der Flottenrüstungen fordert, und daß kein anderer als er es gewesen ist, der diese Wünsche durchkreuzt hat. Und da nennt er denn die Engländer Marzhasen, die ihn nicht verstehen wollen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe die Empfindung, daß der Kaiser über die Beschwerden, die hier laut geworden sind, ganz ebenso denkt, daß er sich von uns verkannt sieht. (Sehr richtig! links.) **Das Gefühl, verkannt zu sein,** ist das notwendige Ergebnis dieser Psyche, die wir seit 20 Jahren kennen. Wahrscheinlich denkt er so auch über die Sozialdemokratie. Als er 1889 im bankenswerter Weise zugunsten der streikenden Bergarbeiter eingriff, hielt er eine Rede, in der er sagte, jeder Sozialdemokrat sei ein Vaterlandsverräter, wer er niederzuschießen drohte. So ist es fortgegangen mit Beschimpfungen und Bedrohungen. Es ist gesprochen von einer Rotte Menschen, die nicht weiß, den Namen Deutsche zu tragen, von Vaterlandslosen Gesellen usw. Ich bin überzeugt, der Kaiser wundert sich jetzt noch über die Unbankbarkeit der Leute, die seinen guten Willen nicht anerkennen.

Gestern hat der Kanzler erklärt, das Interview leide an stark aufgetragenen Ausdrücken. In derselben Stunde hat der Deutsche Kaiser den Grafen Zeppelin den größten Deutschen des 20. Jahrhunderts genannt. Bei aller Verehrung für den mutigen und bahnbrechenden Grafen, ist das nicht etwas stark aufgetragen? Ist das der Anfang einer mehr zweyerlei Redeweise? (Große Heiterkeit.)

Es gibt nur einen einzigen Weg, aus dieser Lage herauszukommen: Das ist **die Schaffung konstitutioneller Zustände.** Auch wenn die Verdienste des Reichskanzlers um das ganze deutsche Volk so gewaltig wären, wie die Verdienste um die Agrarier, so müßte er vom Schauplatze zurücktreten, nicht um seiner Selbst willen, sondern um dem Kaiser zu zeigen, daß kein Kanzler sich halten kann, wenn er nicht seiner Politik entgegentritt. (Sehr richtig!) Erst wenn vier, fünf Kanzler auf diese Weise verschwunden sein werden, wird der Kaiser aufhören.

Ich habe meinen Ohren nicht getraut, als der Abg. Schrader vorhin sagte, er wolle kein parlamentarisches Regime. Ich weiß ja, daß das Gegenteil in dem Parteiprogramm der Liberalen steht. Doch das ist Ihre interne Angelegenheit. Um etwas zu erreichen, haben die Mehrheitsparteien jetzt ihre

Finanzreform als Pressionsmittel

in der Hand. Wenn die Regierung nicht in einer Zwangslage ist, guttwillig wird sie nichts gewähren. Einen Zusammenbruch der Blockregierung brauchen die Herren auch nicht zu fürchten, denn **man riskiert keine Reichstagsauflösung, keine Neuwahlen: Für oder gegen den Kaiser,** für oder gegen 500 Millionen neuer drückender Steuern. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Bismarck ist der eigentliche Vater des persönlichen Regiments. Er ist aber dasselbe in die Grube gestürzt, die er anderen gegraben hat. Alle bürgerlichen Parteien sind schuld an dem persönlichen Regiment. Die Liberalen haben es nicht an Versuchen fehlen lassen, den Kaiser Friedrich zu Eingriffen in die Politik zu bewegen. Das Zentrum — wer war es, der erstarb in tiefster Ehrfurcht vor dem Kaiser? Meine Herren! Ihr seid allzumal Sünder! (Große Heiterkeit.) Diese kritiklose Bewunderung, die dem Kaiser schon in jungen Jahren entgegengebracht wurde, hat sich mit der Zeit zu einer fieberhaften Hitze gesteigert. Und der Kaiser hat sich daran gewöhnt, über alles zu sprechen. Er spricht über die Wissenschaft, er ahnt nicht, wie die Männer der Wissenschaft die Köpfe darüber schütteln (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten); er spricht über Kunst (Heiterkeit!), er weiß nicht, wie die Künstler die Achseln über seine Anschauungen zucken; er spricht über Politik — na, darüber haben wir schon genug gehört. (Große Heiterkeit.) Der Kaiser bestimmt, welches Denkmal ausgeführt werden soll, auch wenn er es nicht bezahlt, und die Comités lassen sich das gefallen, er wählt über die Köpfe der Minister hinweg für wichtige Aemter Personen aus, überall hat er seine Finger im Spiel, und die Minister lassen sich das gefallen. Der Kanzler hat einmal gesagt, der Kaiser ist kein Philister. Mit diesem Worte hat sich der Kanzler auf den Standpunkt des Korpsstudenten gestellt, der bei fremdeten Korporationen standesgemäße Bekanntschaften vermittelt und dann und wann aber auch aus Rapier schlägt, aber jeden, der nur über das redet, wovon er etwas versteht, einen Philister nennt. In diesem Sinne mag es richtig sein, daß der Kaiser kein Philister ist. (Große Heiterkeit.) Wir möchten aber lieber ein etwas philisträses Verantwortlichkeitsgefühl als eine sogenannte Genialität, die uns in solche Lage bringt. Wir sind schon an dieses schönrednerische Dilettantentum gewöhnt, aber es erfüllt alle Parteien mit Sorge um die Zukunft des deutschen Volkes, seines Geistslebens und seiner Kultur. Noch ein paar Worte über die Richtung der kaiserlichen Politik. Der Kaiser bezieht alles auf sich und seine Familie. Seine Vorfahren haben Deutschland groß gemacht! Ich du lieber Gott, bis zur Annahme des Kaisertitels, die Bismarck dem alten König Wilhelm I. nahezu abzwang, waren die preußischen Könige immer nur Hemmnisse der nationalen Einigung. Und daß die erzielt wurde, war nicht des Königs, sondern Bismarcks Verdienst.

Die Formel des Gottesgnadentums

ist ein Ausdruck des Hochmuts, eine phantastische Vorstellung eines besonderen persönlichen Verhältnisses zu Gott. (Beifall bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Diese Auffassung steht im Widerspruch mit den Empfindungen der Besten der Nation. Warum erheben die Edlen von der Kirche nicht Protest gegen diese Auffassung. Es ist schon soweit gekommen, daß Unter den Linden sich der gebildete und ungebildete Pöbel um die Zigarrenstummel des Kaisers prügelt. (Lebhaftes Hört, hört!) Der Kaiser weiß natürlich nichts davon. Was wir in diesen Tagen erlebt haben, war endlich einmal eine wahrhaft „nationale" Bewegung, eine Einheit leider nur in der — Entrüstung! Uns hat man Schadenfreude in unseren sozialdemokratischen Reihen nicht bekannt. Allerdings haben wir die Genugtuung, daß man uns endlich einmal zustimmt! Wir haben lange genug allein gestanden in unserem Kampfe gegen das persönliche Regiment. (Lebhafter Widerspruch bei den bürgerlichen Linken.) Was die Adresse an den Kaiser betrifft, die Herr Hußmann vorschlug, so kann ich mir Fälle denken, wo auch wir einer Adresse beistimmen können. Aber wenn Herr Hußmann die „chrfurchtsvolle Bitte" des konservativen Parteimann die „chrfurchtsvolle Bitte" des konservativen Parteimanns vorstandes an den Kaiser adjektivieren will, so sage ich: seine Adresse ist besser, als eine solche Adresse. Wenn es noch zweifelhaft ist, wie die Verhandlungen auf den Kaiser wirken werden, so ist das nicht die Hauptsache. Denn sei sei steht, daß die Wirkung aller dieser Vorgänge und Verhandlungen auf das Volk eine nachhaltige sein wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stellvertretender Staatssekretär **v. Kiderlen-Wächter:**

Wenn der Faden bei dem Auswärtigen Amte einmal versagt hat, so ist das noch kein Grund zu so schweren Vorwürfen gegen eine Behörde. Ueberlesen Sie nicht, wie bei uns die Arbeitskraft gestiegen ist. Die Nummern der politischen Abteilung sind seit zwanzig Jahren um das Vierfache gestiegen. (Große Heiterkeit.) Ueber eine Neuorganisation des Amtes schweben Erwägungen, Vorschläge sind schon ausgearbeitet. Kein anderer Großstaat hat so wenig Beamte wie unser Ministerium. Nirgends wird dabei so gründlich gearbeitet wie bei uns. (Stürmische Heiterkeit.) Ich warne davor, unsere Vertreter im Auswärtigen Amte so herabzusetzen. (Gelächter.) Unsere Organisation stammt aus einer großen Zeit, aus der Zeit Bismarcks, da sollten Sie vorsichtiger sein in Ihrem Urteil. In absehbarer Zeit werden Ihnen Vorschläge wegen Vermehrung des Personals zugehen. (Große Heiterkeit.) Wenn man sieht, wie vortrefflich unsere Bureaus organisiert sind — (Stürmische Heiterkeit.) Lassen Sie Gerechtigkeit walten bei Verteilung der Pflichtreue der Beamten. Ich bitte, nehmen Sie ihnen nicht die Schaffensfreudigkeit!

Präsident Graf **Stolberg:**

Ich bitte, die vielen Zwischenrufe zu unterlassen. (Große Heiterkeit.)

Abg. **v. Dirksen** (Rp.):

Wir weisen die Behauptung mit Entrüstung zurück, als ob der Reichskanzler mit der Ehre des deutschen Volkes ein frivoles Spiel getrieben habe. (Beifall rechts.) Herr Heine hat uns von der Geschichte des Hauses Hohenzollern gesprochen. Wahrscheinlich hat er das Werk seines Genossen Maurenbrecher zur Grundlage seiner Ausführungen gemacht. Wir lassen uns die Freude an den Hohenzollern nicht verderben. (Beifall.) Wir dulden es nicht, daß, wie es schon einmal geschehen ist, das Andenken der Königin Luise geschändet wird, die wir wie eine Heilige verehren. (Beifall rechts. Gelächter der Sozialdemokraten.) Nun verlangt man eine nationale Tat. Eine solche waren die Wahlen von 1907, wodurch 50 Prozent der Sozialdemokraten aus diesen Hause gewiesen wurden. (Lärm der Sozialdemokraten.) Herr Heine ereiferte sich gegen das persönliche Regiment. Denken Sie doch gefälligst an das persönliche Regiment von Bebel und Singer. (Lebhafte Zustimmung rechts, Lärm der Sozialdemokraten.) Um den Byzantinismus, der mit diesen beiden Herren getrieben wird, beneiden wir sie nicht. (Großer Lärm der Sozialdemokraten.) Der Anregung, eine Adresse an den Kaiser zu schicken, stehen wir nicht sehr hoffnungsfreudig gegenüber. Im Auswärtigen Amt sind gewiß schwere Verstöße vorgekommen. Was soll nun geschehen? Einer Beamtenvermehrung sind wir nicht entgegen, dann muß sie aber ohne Verzug eintreten. Und damit allein ist's nicht getan. Für den diplomatischen Dienst müssen die geeignetsten Elemente gewonnen werden, wo wir sie finden, nicht nur aus Adel und Großgrundbesitz. Der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten muß regelmäßiger einberufen werden. (Beifall.)

Abg. **v. Oldenburg** (konf.):

Wir sind aufgefordert worden, einer Adresse an den Kaiser beizutreten. Wir können das nicht, weil eine solche Adresse eine Kritik der Handlungen des Kaisers sein würde, die wir dem Reichskanzler verfassungsmäßig nicht zuerkennen. (Lachen links.) Wir dienen dem Kaiser persönlich, so lange wir leben, ohne Furcht bis zum letzten Atemzuge. (Beifall rechts.)

Abg. **Lattmann** (wirtsch. Vg.):

Wir stellen uns bei der Frage der Adresse auf den Boden der Geschäftsordnung des Reichstages. Danach hat der Reichstag das Recht, eine solche Adresse an den Kaiser einzureichen. Wir glauben, daß der einheitliche Gedanke und der Wunsch des deutschen Volkes dahin gehen, eine einheitliche Kundgebung auch in dieser Angelegenheit zu erreichen, und wenn wir das in einer Form tun können, die den monarchischen Gefühlen durchaus Rechnung trägt, so sollen wir das auch rückgratlos tun .... (Stürmische Heiterkeit, die minutenlang anhält.) Meine Herren, Sie haben zu früh gelacht, es hieß nicht rückgratlos, sondern rückhaltlos. Und solche rückhaltlose Aeußerung des Volkes — das wollen wir hoffen — nimmt auch unser Kaiser in dieser schweren Zeit entgegen. (Na, na! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf **Stolberg:**

Es ist kein Redner mehr gemeldet; ich schließe die Besprechung (Rufe bei den Sozialdemokraten: **Na nu, und Fürst Bülow?**) Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. **Heine** (soz.):

Ich muß feststellen, daß es unwahr ist, wenn der Abg. v. Dirksen erklärt hat, daß ich die Königin Luise angegriffen hätte. Ich stelle das ausdrücklich fest, damit nicht morgen in den konservativen Zeitungen steht, der Abg. v. Dirksen hätte die Königin Luise gegen meine Angriffe verteidigt.

Abg. Dr. **Wiemer** (fr. Vp.):

Der Abg. Heine hat in seiner Rede behauptet, seine Partei habe jahrzehntelang allein gestanden in der Bekämpfung des persönlichen Regiments. Mit einer Anzahl Freunde habe ich durch einen Zwischenruf zu erkennen gegeben, daß wir diese Behauptung für falsch halten. Meine Freunde haben das persönliche Regiment von Anfang an mit aller Entschiedenheit bekämpft. Wir haben keine Veranlassung zu dulden, daß es so dargestellt wird, als ob nur die Sozialdemokratie in diesem Sinne gewirkt habe. Heine hat hinzugefügt, er würde sich freuen, wenn wir in Zukunft mit den Sozialdemokraten zusammengehen würden. Ich habe den Zwischenruf getan: Sie brauchen wir nicht. Das bedeutet: Sie brauchen wir nicht, um zu wissen, daß wir das persönliche Regiment zu bekämpfen haben und für ein konstitutionelles Leben zu kämpfen haben. Ich wandte mich mit diesem Zwischenruf dagegen, daß eine Frage, in der wir einig sind, im parteipolitischen Interesse ausgenützt würde. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **v. Dirksen** (freik.):

Ich bitte den Abg. Heine sich aus dem unkorrigierten Stenogramm zu überzeugen, daß ich ihm nicht vorgeworfen habe, daß er die Königin Luise beschimpft habe. Dazu ist er viel zu klug.

Präsident Graf **Stolberg**

schlägt dem Hause vor, die nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnung: Rechnungssachen und Petitionen.

Abg. **Raab** (wirtsch. Vg.)

beantragt, morgen den Antrag Liebermann v. Sonnenberg auf Beschluß einer Adresse an den Kaiser auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. **v. Normann** (konf.):

Aus prinzipiellen Gründen können wir diesem Antrage nicht stattgeben.

Abg. **Wassermann** (natl.):

Nachdem eine große Partei die Adresse abgelehnt hat, können wir den Gedanken einer Adresse auch nicht weiter verfolgen.

Abg. Dr. **Müller-Meiningen** (fr. Vp.):

Wir werden der Anregung des Abg. Raab zustimmen.

Abg. Dr. **Spahn** (Ztr.):

Ich hatte es für durchaus unmöglich, daß eine Adresse beschlossen wird, wir stimmen deshalb gegen den Antrag.

Abg. **Singer** (soz.)

erklärt, daß seine Fraktion für den Antrag Raab stimmen wolle.

Abg. **Raab** (wirtsch. Vg.):

Ich bitte die Herren Konservativen, ihren Widerspruch fallen zu lassen, sonst gibt es später wieder mehrtägige Debatten, die alles wieder aufrollen. Morgen würde der Antrag kurz über die Bühne gehen und der Eindruck um so trefflicher und würdiger sein.

Abg. **Gröber** (Ztr.):

Von der Reihenfolge der Anträge kann nur abgewichen werden, wenn niemand widerspricht. Es ist aber schon viel Widerspruch laut geworden.

Abg. **Singer** (soz.):

Der Abgeordnete Gröber irrt sich, das gilt nur für Schwerinstage.

Präsident Graf **Stolberg:**

Ich werde das Haus befragen. Nach meiner Meinung ist es zulässig, den Antrag morgen zu beraten, denn er ist drei Tage in den Händen der Mitglieder. (Widerspruch.) — Jawohl! Gestern abend ist der erste Tag und morgen der dritte. (Heiterer Widerspruch.)

Abg. **Götz v. Olenhusen** (Welfe)

beantragt namentliche Abstimmung. Dieser Antrag findet aber nicht genügende Unterstützung. Der Antrag Raab wird abgelehnt. Es verbleibt bei der Tagesordnung des Präsidenten: Rechnungssachen und Petitionen.

Schluß 6¼ Uhr.

Agrarischer Lehrerfang.

Der Reaktion ist der Lehrer, der sich vor dem Junker und vor dem Diener der Kirche nicht duckt, ein Greuel. Daher das unablässige Bestreben aller reaktionären Klüngel, in die Geschlossenheit des preußischen Lehrervereins Bresche zu legen und Abtrünnige für die Sache der Reaktion zu gewinnen! In letzter Zeit haben sich leider einige Elemente der Lehrerschaft durch die publizistischen Agenten der Reaktion breitschlagen lassen, der organisierten Kollegenschaft in den Rücken zu fallen. Auf dem preußischen Lehrertage in Berlin ist dieses Gebahren mit Recht als Verrat an der Sache der Lehrer und der Volksschule charakterisiert worden. In der Tat ist kein Wort zu scharf, um diese Charaktreibereien richtig zu kennzeichnen, und man muß es gewdezu als eine Pflicht der Selbsterhaltung und Selbstachtung des preußischen Lehrervereins erklären, daß er, um unabiehbare Wirrnisse und Schädigungen von sich fern zu halten, zwischen diesen Werkzeugen der Lehrer- und schulfeindlichen Reaktion und sich selbst sobald wie möglich eine reinliche Scheidung vornimmt.

Mit der imerlich durch und durch verlogenen Zauberformel „Gleichstellung der Stadt- und Landlehrer" suchen die Konservativen die Lehrer des flachen Landes in ihre Netze zu ziehen. Was die „Gleichstellung" bedeutet, haben wir mehr als einmal dargelegt: Die Herabdrückung des Einkommens der städtischen Lehrer auf das Niveau der Landlehrer, damit diese hübsch artig und bescheiden der „Landflucht" entlagen und es dem Junker erspart werde, sich um der Schule willen in besondere Unkosten zu stürzen. Daher die Bremse, für deren gesetzliche Festlegung trotz aller schönen aber heuchlerischen Worte die Konservativen aller Spielarten schwärmen. Werden erst die höheren Stadt-